



FDP | 13.07.2017 - 11:15

Zusammenleben in Deutschland neu denken



Die Wahlkampagne der Freien Demokraten hat für viel Aufsehen gesorgt. Auch wegen des inhaltlichen Schwerpunkts. FDP-Chef Christian Lindner legt die wichtigsten Ziele der FDP dar. Im Interview mit der Oberhessischen Presse erklärte er: "Wir wollen neu denken über das Zusammenleben in Deutschland. Neu denken über das Verhältnis von Bürger und Staat. Wir glauben, dass die Menschen selbstbestimmt leben wollen. Dass sie deshalb einen Staat als Partner brauchen, nicht als Kontrolleur oder Vormund."

Die Freien Demokraten haben ganz konkrete politische Angebote für Erstwähler, "die genau wie wir voller Tatendurst und Lust auf Neues sind", verdeutlichte Lindner. Viele junge Menschen wollten die Digitalisierung als eine Chance für ihren Arbeitsplatz und ihr Vorankommen nutzen. Für junge Familien will die FDP vor allem die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben senken. Unter anderem sollen Stromsteuer und Grunderwerbsteuer reformiert werden. Der FDP-Chef stellte klar: "Die Menschen haben ein Recht darauf, dass sie nicht nur einen handlungsfähigen Staat haben, sondern einen, der sie in ihrem eigenen wirtschaftlichen Vorankommen machen lässt."

Fünf Kernanliegen der Freien Demokraten

Lindner legte im Interview mit der Gießener Allgemeinen dar, welche fünf Bereiche aus seiner Sicht besonders dringend einer neuen Denkweise bedürfen. In der Bildungspolitik fordert die FDP eine Reform des Bildungsföderalismus und mehr Investitionen. Die steuerliche Entlastung der Mitte ist das zweite Kernanliegen. Durch die Stärkung der digitalen Infrastruktur soll allen Menschen Lebenszeit gespart werden.

Das vierte Ziel: "Wir wollen die Sicherheit in Deutschland stärken und die Ordnung wiederherstellen durch ein neues Einwanderungsgesetz, die Straffung unserer Sicherheitsbehörden und mehr Polizei – aber nicht durch die Einschränkung von Bürgerrechten." Die fünfte Forderung ist ein klares Bekenntnis zu Europa: "Ein geeintes Europa, dass in den großen Fragen handlungsfähig ist – das aber nicht vereinheitlicht ist. Das also weiter den einzelnen Staat in der Verantwortung lässt für seine Schulden und seine privaten Banken."

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/zusammenleben-deutschland-neu-denken>